



Anfrage

Vorlage-Nr.:	AF/0108/2011		Datum:	04.11.2011	
Verfasser:	02-SPD-Ratsfraktion	Az:			
Gremienweg:					
10.11.2011	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitlich	<input type="checkbox"/> ohne BE	
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis	<input type="checkbox"/> abgesetzt	
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt	<input type="checkbox"/> geändert	
TOP öffentlich		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen		
Betreff: Anfrage der SPD-Ratsfraktion: Bundeswehrreform					

Die neuerliche Reform der Bundeswehr trifft auch Rheinland-Pfalz und den Standort Koblenz/Lahnstein schwer. Allein in Koblenz fallen 400 Dienstposten nach den nunmehr bekannt gegebenen Vorstellungen des Bundesministers der Verteidigung weg. 400 Mitarbeiter und deren Familien sind die Verlierer dieser Reform.

Die Reform wird auch Veränderungen im Bereich der Nutzung militärischer Liegenschaften mit sich bringen.

Insofern fragt die SPD-Fraktion:

1. Wie bewertet die Verwaltung die Ergebnisse der Reform der Bundeswehr bezogen auf den Standort Koblenz?
2. Welche Liegenschaften werden aus den vorgesehenen Veränderungen in den nächsten Jahren nicht mehr militärisch genutzt?
3. Wie wird die Verwaltung auf diese Veränderungen reagieren? Prüft sie jetzt schon Nachnutzungsmöglichkeiten?
4. Bemüht sich die Verwaltung um Ausgleichszahlungen/Hilfen für die Stadtentwicklung/Konversionsmittel durch die Bundesrepublik Deutschland?
5. Wie hoch waren die Investitionen des Landes Rheinland-Pfalz in Konversionsmaßnahmen in den letzten Jahren?
6. Kann mit einer Unterstützung durch das Land gerechnet werden?